

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 60 Oelbrennöl monatlich postfrei. — Anzeigenpreis: 10 Oelbrennöl. — Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. — Verleger: Verlags- und Druckerei-Gesellschaft, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Schriftleitung: Halle (Saale), Leipzigerstraße No. 21. — Fernsprecher Nr. 1877.

Anzeigenpreis: Für die schmalste Linie 10 Oelbrennöl. — Anzeigen im Reklameteil 1 Mark. — Verleger: Verlags- und Druckerei-Gesellschaft, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Schriftleitung: Halle (Saale), Leipzigerstraße No. 21. — Fernsprecher Nr. 1877.

Nummer 41

Halle (S.), 9. Oktober 1926

2. Jahrgang

## Störende Zwischenfälle.

Die Kunst des Möglichen — Poincaré als Gegenpiel — Das Schuldenabkommen mit Amerika — Geringe Ausichten — Die Auslegung der Eisenbahnbonds — Die Begegnung von Livorno — Der Seeweg nach Indien — Die Lockerung des Imperiums — Italiens Ansprüche im Orient — Balkanbündnisse — Unsere Beziehungen zu England — Die Räumung des besetzten Gebietes — Feindliche Zwischenfälle — Volkspartei und Liberalismus — Abgabe nach rechts — Noch keine Große Koalition in Preußen — Karl Severing — Der Fall Munzinger.

Politik ist die Kunst des Möglichen und damit des Wahren. Den geeigneten Augenblick zu erfassen und auszunutzen, ist das erste und höchste Erfordernis für einen Staatsmann. Infolgedessen ist Gebuld Voraussetzung. Wer die Vergangenheit überflieht, weiß, daß das alte Deutschland gerade darin unendlich gewaltig hat. Wilhelm II. telegraphierte sofort dazwischen, wenn schwierige Verhandlungen nicht im Automobiltempo gefördert wurden. Inzwischen haben wir ja manches zugeleitet, der Lebensweg dieser letzten acht Jahre hat uns gelehrt, mit wie viel Rückschlägen und Hemmungen der Arbeiterbund verbunden ist. Je größer das Ziel, um so länger der Weg. Was Stresemann in Thoiry eingeleitet hat, ist nicht von heute zu morgen durchzuführen. Dazu ist das Problem zu einfach, die Lösung zu großzügig. Man wird sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß noch Monate in das Land gehen werden, ehe diese Früchte reifen können. An Aristide Briand liegt es bestimmt nicht, aber er ist kein Diktator mit unbegrenzten Vollmachten. Er ist sogar sehr gebundener als vor dem, da er selbst Kabinettschef war. Poincaré bleibt ein Gegenpieler von ungewöhnlicher Kraft. Poincaré bleibt ein Gegenpieler von ungewöhnlicher Kraft. Poincaré bleibt ein Gegenpieler von ungewöhnlicher Kraft. Poincaré bleibt ein Gegenpieler von ungewöhnlicher Kraft.

Dah bis zwei Milliarden Goldmark sind zwar für heutige Verhältnisse eine gewaltige Summe, doch sind sie nach den bisherigen Erfahrungen schon aufzubringen. Allerdings taum zu dem in Dawesgutachten vorgeschriebenen Zinsfuß von 5 Prozent. Da man daran kaum etwas ändern kann, würde der Ausgabebestand sehr niedrig sein. Für Deutschland entstünden Verlusste von gut 150-200 Millionen Goldmark, die aber angesichts der politischen Wichtigkeit der ganzen Aktion getragen werden müßten. Voraussetzung bleibt allerdings, daß zunächst Poincaré mit seinen politischen Mandatoren scheitert. Der Verständigungswille heißt jedoch auf allen Seiten. Einige Unruhe hat allerdings die Begegnung von Livorno hervorgerufen, namentlich in Paris. Man ist gewöhnt, in Herrn Mussolini das Schreckensbild Europas zu sehen und wir zweifeln gar nicht daran, daß ihm keine Politik jagt, bei der er nicht die ausschlaggebende Rolle spielt. Das liegt in seinem Temperament begründet. Deshalb sah man auch seiner Zutritt zum Chancery etwas besorgt entgegen. Ueber die Einzelheiten sind wir auch heute noch nicht unterrichtet. Es bedarf nichts. Staatsmänner sind immer befreundet, ohne daß und das versichert zu werden braucht, und daß England und Italien bemüht sind, eine gemeinsame Linie zu finden, ist auch keine Ueberraschung. Wir sind daher auch Maßnahmen angeordnet. Petit Parisien und Chicago Tribune haben Informationen gebracht, die zum mindesten als wahrheitsgemäß und glaubhaft angesehen werden können. Danach hat Chamberlain versucht, Italien zu einem Anstoß an die deutsch-französische Verständigung zu bewegen. Ihm selbst liegt lediglich daran, den Seeweg nach Indien, die eigentliche Schlagader Englands, zu sichern. Das soll der kontinentale Blut tun. Diese Rechnung hat viel für sich, namentlich in einer Zeit, wo das britische Imperium mit starken Gegenwärtigkeiten mit sich selbst zu kämpfen hat. Die Dominien verweigern jede Gefolgschaft in Europa, und verlangen deshalb eine stärkere Anteilnahme an der Erledigung der diplomatischen Geschäfte. England selbst kann sich daher kaum einem Bunde anschließen, der es unter Umständen zu Maßnahmen auf dem alten Erdteil verpflichtet. Es wäre möglich, daß es Italien als seinen Vertrauensmann hinein entsenden will.

Die Verständigungstendenzen, mit Frankreich muß also leise Einschränkungen erfahren, sobald sich etwa ein Gegenfall zwischen ihm und England herausbildet. Ihn zu verhüten, wird eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Diplomatie sein. Vorläufig haben allerdings die Beziehungen zwischen Berlin und Paris manche Belastungsprobe auszuhalten. Wir brauchen nicht auf die Zwischenfälle im besetzten Gebiet im Einzelnen einzugehen. Bald wird von dieser, bald von jener Seite geglaubt, und die Vorgänge leben, unter die Lupe genommen, nicht immer so aus, wie die deutschfranzösische Presse darstellt. Eine gemeinsame Erklärung des Reichstagskommissars für die besetzten Gebiete und der Rheinlandkommission, zeigen den Willen, solche Zwischenfälle nicht emporkommen zu lassen. Damit muß uns vorerst auch Genüge getan sein. Selbstverständlich bezeugen all diese Vorgänge, ganz gleich wie sich die Räumung reißt, die unabdingbare Notwendigkeit, daß die Räumung reißt und reißlos vollzogen wird. Wenn Pariser Blätter jetzt gerne davon sprechen, daß man die Besetzung doch nicht preisgeben könne und hierher den Satz scheitern läßt, so übersehen sie, daß aus der Artikel 10 der Weimarer Verfassung, einen Rechtsittel auf die Unverletzlichkeit anderer Gebiets und die Unbeschränktheit anderer Volksrechte gewährt.

Sein Schicksal ist bereits erkennbar. Er wünscht die Erledigung des mit Amerika entworfenen Schuldenabkommens, um im Weltmarkt Kredit zu erhalten, die dann die deutsche Hilfe überflüssig machen. Deshalb auch die frühere Einberufung der Kammer. Trotzdem haben wir keinen Anlaß, dieses Vorgehen mit allzu großer Sorge zu betrachten, nur müssen wir uns darüber klar sein, daß es eine neue Verschleppung zur Folge haben wird. Ausichten für die Durchführung seines Gedankens bestehen nur in geringem Ausmaß. Das Parlament ist bisher gegen die Ratifizierung des Abkommens gewesen und würde eine Wenderung seiner Haltung nur dann vornehmen, wenn von den Vereinigten Staaten erhebliche Zugeständnisse gemacht würden. Daran ist bei der ganzen in Washington herrschenden Stimmung aber kaum zu denken. Ähnliche Aeußerungen lassen keinen Zweifel über die eigentliche Stimmung des Präsidenten Coolidge. Poincaré sucht infolgedessen nach einem Ausfallsmittel und will den Vertrag mit einer Reihe von Vorbehalten befehlen. Verfassungsrichtig ist das nicht möglich, was nach dem bisherigen Gepllogenheiten. Das Parlament kann Verträge nur gutheißen oder verwerfen. Aber selbst, wenn es sich seiner Auffassung anschließen würde, hätte das international gar nichts zu befehlen. Es hände die französische Regierung, ohne die amerikanischen zu verpflichten. Schon diese Erkenntnis dürfte die Übereinstimmung in Paris gegen eine solche Regelung vertreiben.

In die gleiche Richtung weist die Behauptung, daß Chamberlain den italienischen Ansprüchen auf Langer sehr wohl entgegengetreten ist. Der Eingang zum Mittelmeer ist eine Lebensfrage. Dafür soll es freie Hand auf dem Balkan und dem nahen Orient, offenbar Arabien, zugestanden haben. Es würde uns daher nicht Wunder nehmen, wenn wir dort bald einer größeren Aktivität

Unsere Forderungen bleiben bestehen und werden auch von der gegenwärtigen Regierung mit aller Entschiedenheit verteidigt. Wir haben aber keinen Anlaß, uns von den deutschfranzösischen weiter treiben zu lassen, als es den deutschen Interessen entspricht. In einer Erweiterung der Regierungsbündnisse nach rechts ist nicht zu denken. Eine Rückstufung nach dem Großen Westarp können und wollen wir nicht nehmen. Dr. Stresemann hat ihn auf der Kölner Tagung der Deutschen Volkspartei zur Strecke gebracht. Es war eine Rundgebung der Mitte in bester Form. Die Volkspartei ist entschlossen, die bisherige Richtung innezuhalten und es war kein Zufall, daß sowohl der Reichsaussenminister wie der frühere preussische Kultusminister Böhlig ein starkes Bekenntnis zum deutschen Liberalismus ablegten, auch zur deutschen Republik. Damit ist der Weg vorgezeichnet. Wir würden es daher begrüßen, wenn die Volkspartei auch in Preußen in die Regierung einträte. Spruchstreu sind dort die Dinge allerdings noch nicht, doch kann man die Ausichten als nicht schlecht bezeichnen. Der Rücktritt Severings, der aus Gesundheitsrücksichten erfolgte, wird noch nicht Anlaß zur Umbildung geben. Karl Severing aber widmen wir bei seinem Ausscheiden aus dem Amt Worte des Dankes und der Anerkennung und können nur den Wunsch hegen, daß sein Nachfolger, der bisherige Berliner Polizeipräsident, die Aufgaben so meistert, wie er.

Wesentlich erster muß aber die Abneigung des Weißen Hauses gegen eine Aufhebung unserer Eisenbahnbonds auf amerikanischen Geldmärkten betrachtet werden. Coolidge hat zwar ein Demotiv gegen einzelne Presseäußerungen gerichtet. Das jedoch nur formalen Wert hat. Die amerikanische Regierung ist offiziell von dem Bestreben, die Obligationspflicht zu machen, weder durch Deutschland noch durch die Entente verständigigt worden und bräufte infolgedessen überhaupt keine Kenntnis davon zu nehmen. Tritt jedoch dieser Zwang ein, so dürfte eine freundliche Ablehnung erfolgen. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß Amerika durch seine offizielle Erlaubnis, die Anleihen aufzulösen, gleichsam zum Bürgen der deutsch-französischen Verständigung würde, was in ihrem Sinne eine Einmischung in europäische Angelegenheiten bedeuten müßte. Dagegen scheint es, als ob man gegen einen Kauf von Obligations durch private nicht unbedingt viel einzuwenden hätte. Damit ist eine gewisse Klarheit geschaffen. Erhält Frankreich nicht von sich aus das zur Frankentabilisierung notwendige Bargeld, so könnte eine Aufhebung der Bonds in Europa erfolgen. Es kämen dann die Börsen von London, Amsterdam, Zürich und auch Berlin in Frage. Amerikanisches Publikum würde sich vielleicht beteiligen, sogar als wahrscheinlich wäre das anzunehmen. Einem

**Jeder Demokrat,**  
der noch nicht eingeschriebenes Mitglied der D. D. P. ist, erklärt sofort seinen Beitritt bei der Geschäftsstelle der D. D. P. Magdeburg, Breitenweg 139/140.  
T. 8095.

Mussolinis begegnen. Störend genug sind sie, aber sie tragen wenigstens keine unmittelbare Gefahr für uns selbst in sich. Dagegen machen die Bündnisbestrebungen im Südosten Europas einen bedenklichen Eindruck. Italien erstrebt dort sichtlich eine Koalition aller Balkanstaaten gegen Jugoslawien, das in engen Beziehungen zu Frankreich steht. Auch das paßt in den Rahmen der Nebenbuhlerschaft der beiden lateinischen Nationen ist auch für uns nicht erfreulich, weil es uns dauernd vor die Wahl stellen wird, ob wir französische oder italienische Bündnisse zu unterstützen haben. Hier besteht sich auch gewisse Gefahren in der Verständigungspolitik mit Paris. Deshalb schon muß jede Spitze gegen England vermieden werden. Wir sind nicht hart genug, um uns selbständig zu behaupten, aber auch nicht gewunden, Baskal zu werden.

Eine schwere Belastungsprobe für die deutsche Republik aber stellen die Vorgänge in Mingingen dar. Die vorübergehende Einstellung des ältesten Entels des ehemaligen Kaisers, noch dazu in das 9. Regiment, das die Tradition der Garde war, war außen und innenpolitisch eine Herausforderung. Die Einstellung von Zeitschriften ist gesetzlich verboten. Anders läge es, wenn der Prinz unter den gleichen Bedingungen wie jeder andere in die Armee einträte und den Eid auf die republikanische Verfassung leistet. Das aber war nicht beabsichtigt. Es war offenbar ein Spielerei, die den Prinzen mit der alten Truppe in Fühlung bringen sollte. Ist schon deshalb eine energische Verstrafung der Schuldigen zu verlangen, so wird der Fall noch dadurch verschärft, daß weder der parlamentarisch allein verantwortliche Reichsaussenminister, noch der Reichspräsident als Chef der Armee vorher befragt worden sind. Es handelt sich hier um eine offene Verlesung, die unter keinen Umständen geduldet werden kann. Wir müssen verlangen, daß die daran Beteiligten sofort entlassen werden. Das ist auch die Ansicht des Ministers, der jetzt in seinem Kampfe um die Autorität steht, und wie wir annehmen dürfen, mit Unterstützung des gesamten Kabinetts eine gründliche Säuberung vornehmen wird, unbestimmt um die Folgen, die sich daraus ergeben. In diesem Kampfe hat er alle Republikaner hinter sich.

Richard May.

# Dr. Hummel über Europäische Wirtschaftsfragen.

Ueber dieses Thema hat unser Reichstagsabgeordneter, Staatspräsident a. D. Dr. Hummel auf einer Wirtschaftsversammlung in Dresden die nachfolgenden, von hiesigen Kreisen mit besonderem Interesse begrüßten Ausführungen gemacht. Die Schriftleitung.

Staatspräsident Hummel: Meine Damen und Herren! Herr Wieland hat im Eingange seiner Ausführungen davon gesprochen, daß er für die Lösung seines Themas nicht verantwortlich sei. Ich kann mich dieser Bemerkung nur anschließen (Geisterstille). Wenn ich aus Ihrer Publikation gehört habe, daß ich über europäische Wirtschaftsfragen zu Ihnen sprechen soll, so schien es mir aber trotzdem nicht unmöglich, mich mit Ihnen über diese Dinge zu unterhalten, wenn die Anregung auch nicht von mir ausgegangen ist. Denn in der Tat drängt sich ja jedem, der in Geschäften steht, sei es in Deutschland oder in einem anderen Lande, der Gedanke unmittelbar auf, daß der Zusammenhang zwischen den Zuständen der einzelnen nationalen Wirtschaften in Europa heute ein viel engerer ist, als das früher der Fall war, und daß die Verknüpfung der einzelnen Wirtschaften in Europa eine viel stärkere geworden ist, ja, daß sich der Zustand der Wirtschaften in den verschiedenen Ländern Europas gleich, da die Gründe, die hinter der Lage der europäischen Wirtschaft schlummern, fast überall dieselben sind, und man kann mit einem gewissen Rechte heute von einer europäischen Wirtschaftspolitik sprechen. In der Tat ist die der Zustand der Wirtschaft in den einzelnen Ländern Europas heute überall ein ähnlicher, er ist überall ein krisenhafter, und wir können, soweit Europa in Betracht kommt, mit Recht von einer europäischen Wirtschaftskrise sprechen, wobei wir daran denken müssen, daß dieser Krisenphase ja überall in der Weltwirtschaft in die Erscheinung tritt.

Dieser Krisenzustand der europäischen Wirtschaft hat auch im wesentlichen überall die gleichen Ursachen. Daß wir in diese Krise hineingeraten sind, ist da sprache ich wohl kein Geheimnis aus, in erster Linie ein Ergebnis des großen Weltkrieges, des großen europäischen Krieges, der von so vielen herbeigeführt wurde in allen Ländern, die an ihm beteiligt waren, und den man als ein notwendiges Stadium für die Wässer Europas betrachtet hat. Wir sind nun eben im Begriff, das Stadium wieder ablaufen zu lassen, in dem wir uns befinden.

Wir dürfen es aber dabei als eine merkwürdige Erscheinung in der Geschichte betrachten, daß diesmal das Ende des Kriegszustandes, der Frieden, nicht der Zustand war, wieder einen Normalzustand herbeizuführen, sondern daß der Frieden, der diesen großen Krieg beendet hat, ein neuer Grund war, neue Krisenursachen in Europa und die Welt hineinzuworfen. Wir leiden also nicht nur an Kriegen, sondern auch am Frieden, der diesen Krieg beendet hat.

Und wir sehen auch überall ähnliche Erscheinungen in den anderen europäischen Wirtschaften: Arbeitslosigkeit, einen merkwürdigen Geldüberfluß, Arbeitslosigkeit, alles Erscheinungen, die bis zur letzten Krise verjagt, an den gemeinsamen Endpunkt der Wirtschaftskrise führen.

Die wesentlichste Erscheinung für die Wirtschaften aller europäischen Länder ist die, daß im Vergleich zur Vorkriegszeit die Märkte eine ungeheure Verengung und Verarmung erfahren haben. In letzter Linie mündet die Krise der europäischen Wirtschaft in einem Mangel an Märkten aus.

Und wenn wir diese Dinge von deutschen Standpunkte aus betrachten, so ergibt sich, soweit der innere Markt in Frage kommt, ein Bild, das dem Bilde in den übrigen Ländern durchaus gleicht. Der innere Markt leidet zunächst unter einer schwachen Konsumkraft. Der innere Konsum will nicht in Gang kommen, weil die Konsumkraft der breiten konsumierenden Masse zu schwach ist. Wir haben noch bis ganz vor kurzem das am härtesten im Zustande der Landwirtschaft gesehen. Die fehlende Konsumkraft der Landwirtschaft, die fehlende Konsumkraft des gewerblichen und handelsbetreibenden Mittelstandes, die fehlende Konsumkraft der Gesellschafter und Lohnempfänger hat eine große Depression für die Krise einen schlechten Gang der Industrie hervorgerufen. Die Industrie ist auch ein schwacher Konsumant geworden, und wir sehen die Fortsetzung dieser Schwächung des inneren Marktes auch weiter in Erscheinung treten beim Staate, den Ländern und Gemeinden. Ich erinnere an das Zurückgehen der Aufträge in der Staatssektorenverwaltung und auf einer ganzen Reihe von anderen Gebieten.

Wenden wir uns zum äußeren Markt, so sehen wir auch hier wieder ganz ähnliche Erscheinungen. Daß der äußere Markt für die meisten Länder Europas stark verengt worden ist, ergibt sich vor allem aus dem Anfall des großen östlichen Teils von Europa, Rußlands, als Konsumanten der Produkte der Wirtschaften der übrigen europäischen Länder auch nur in einem annähernden Maße wie in der Vorkriegszeit.

Wir sehen aber als Folge der Kriegswirtschaft in fast allen Ländern die ähnliche Erscheinung der Entstehung von neuen Industrien, die früher in diesen Ländern nicht

gearbeitet haben, von neuen Industrien, die von den Regierungen ihrer Länder subventioniert und dadurch in den Stand gesetzt werden, den Markt der übrigen vor früher her vorhandenen Industrien in den anderen Ländern weiter zu verengen.

Zölle, Einfuhrverbote, in einem Maße, wie man sie in der Vorkriegszeit nicht gekannt hat, durchziehen die europäischen Wirtschaftsgebiete mit einem Netz von Schranken, die für manche Waren unübersteigbar sind. Wir sehen auf der anderen Seite, wie eine Reihe von Ländern Europas im Zustande einer verfallenen Währung, im Zustande der Inflation die Wirtschaft der übrigen Länder mit fester Währung dadurch gefährden, daß sie inländische sind, mit ihrer Inflationswirtschaft ein Dumping auf dem europäischen Markte zu treiben, das den Ländern mit fester Währung das Zutreten auf diesen Märkten erschwert oder unmöglich macht.

Und wir sehen weiter, wie immer stärker in Europa heute die Konkurrenz einer außereuropäischen Wirtschaft, der amerikanischen Wirtschaft, in Erscheinung tritt. Wenn man sich über die Gründe der erhöhten Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft in Europa befragt, so wird, wie ich glaube, hier vielfach nicht mit dem richtigen Masse gemessen. Man soll an und für sich ja nicht annehmen, daß die amer. Wirtschaft der europäischen Konkurrenz fähiger ist, wenn man an den Anteil der Löhne denkt. Die Löhne in den Vereinigten Staaten Nordamerikas sind höher, als wie wir sie bei uns gewöhnt sind, und man sollte annehmen, daß dadurch die Konkurrenzfähigkeit Amerikas gehindert ist. Trotzdem sehen wir, daß es in einer ganzen Reihe von wichtigen bedeutsamen Artikeln ein erfolgreiches Konkurrenz macht. Beinhaltet man sich über die Ursachen dieser erhöhten Konkurrenzfähigkeit der Vereinigten Staaten Nordamerikas auf dem Weltmarkte, so kommt man auf Gründe, deren Konsequenzen man auf die europäische Wirtschaft anwenden muß, wenn man daran gehen will, ein Sanierung auf dem europäischen Boden durchzuführen.

Wir müssen daran denken, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika einen riesigen Binnenmarkt von ungeheurer Konsumkraft darstellen, einen riesigen Binnenmarkt nicht unterbrochen durch die Schranken der Zölle, nicht unterbrochen durch die Schranken des Verkehrs, eines Binnenmarktes, in dem man fünf Tage mit der Eisenbahn reisen kann, ohne durch Postschwierigkeiten oder irgendwelche Verkehrsbehinderungen behindert zu sein. Wir sehen, wie das ganze amerikanische Volk ausgezeichnet ist durch ein hohes Realeinkommen, und wie es weiterhin, wie im amerikanischen Geschäfte die Konsumkraft bis zu einem gewissen Grade künstlich dadurch gesteigert wird, daß das Abzahlungsgeschäft in einem Maße durchgeführt ist, von dem man sich bei uns überhaupt keine Vorstellung macht. Dazu kommt als Folge des Krieges ein ungeheurer Geldüberfluß, ein Geldüberfluß, der hellenweise so groß war, daß trotz eines Warenüberflusses die Waren teurer geworden sind, weil die Entwertung durch den Ueberfluß geringer war, als die Entwertung durch den Ueberfluß. Und was die Verhältnisse in Amerika besonders auszeichnet, ist ein Geschäftsumsatz, auf den Herr Wieland noch hin hingewiesen hat: Amerika zeichnet sich aus durch einen Wirtschaftskreislauf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der in einer ganz anderen Auffassung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Wirtschaft begründet liegt, als es bei uns in Europa üblich ist.

Und wenn wir nun daran denken, daß diese Konstellation dieser amerikanischen Wirtschaft eben die Möglichkeit gibt, in eine große Massen- und Serienfabrikation einzutreten, so verstehen wir auch, daß schließlich am einzelnen Produkte der Lohnanteil ein geringerer ist als bei einer Fabrikation, die sich auf eine geringere Zahl von Einzelprodukten beschränkt.

Man muß an diese Dinge denken, wenn man von den Versuchen liest, die Erfahrungen der amerikanischen Wirtschaft auf die deutsche Wirtschaft und auf die europäische Wirtschaft anzuwenden, denn im Verlaufe dieser großen Krise, in der sich die europäische Wirtschaft befindet, in der sich auch England befindet, hat man die verschiednenartigen Versuche gemacht, sich die Erfahrungen Amerikas für die europäische Wirtschaft nutzbar zu machen. Wir wissen, daß es eine Zeit gegeben hat, in der fast jeder kleine Junge auf der Straße von der „Einführung des laufenden Bandes“ in die industrielle Produktion in Deutschland gesprochen hat, in der man von der unbedenklichen Uebernahme amerikanischer Produktionsrichtungen das Allheilmittel auch für die deutsche Wirtschaft erdachte.

Wir wissen, daß es andern gegeben hat, die die Meinung zum Ausdruck gebracht haben, man müsse der Wirtschaft dadurch aufhelfen, daß man die innere Konsumkraft stärkte, und die innere Konsumkraft stärkte man, indem man die Wöhne und Gehälter erhöhte. Wir wissen, daß andere auf die Auslandskredite als Mittel, die europäische und deutsche Wirtschaft in Gang zu bringen, starke Hoffnungen gesetzt haben. Und wir wissen auch, daß bei dieser Aufnahme von Auslandskrediten nicht immer das Maß eingehalten worden ist, das für die deutsche und europäische Wirtschaft erträglich war. Ich bin der Ueberzeugung, daß wir noch heute an der übertriebenen Einfuhr leiden, die in letzter Linie technisch die Uebernahme der amerikanischen Kredite nach Europa bedeutet hat.

(Fortsetzung folgt.)

## Karl Gebering.

Ein deutscher Staatsmann.

Dem nach sechsjähriger, fruchtbringender Tätigkeit aus dem Amte scheidenden preussischen Innenminister Karl Gebering sind nicht nur die eigenen Verdienste zu danken, die ihm parteiunabhängig als Sozialdemokrat und gesinnungsmäßig als Republikaner nahe standen. In seinem früheren Amte hat er sich um alle Kreise des preussischen, und darüber hinaus des deutschen Volkes verdient gemacht, denen an einer tüchtigen Entwiklung unseres Staatslebens gelegen ist. Wir in Preußen vor Erziehung, wie dem Feigen-Kurs im Saaten oder dem System Karb, nebst den dazu gehörigen Anträgen und Budgeten beachtet worden sind. Wir starr- und fester Hand, dabei aber doch besonnen und vorzüglich, hat Gebering es verstanden, Ruhe und Ordnung in Preußen aufrechtzuerhalten und allen pufchiffischen Geleiten der Rechts- und Finanzminister, an denen es in den letzten Jahren wahrlich nicht gefehlt hat, wirksam entgegenzutreten. Der Wiederaufbau der preussischen Polizei zu einer wirksamen Schutzwehr gegen das politische, wie das gemeine Verbrechen, ist vor allem sein Wert.

Deshalb verfolgte ihn auch ein wahrhaft internationaler Ruhm, derjenigen, die auf Umkehr der gegenwärtigen Staatsordnung sinnen. Die Angriffe und die Intrigen der Kommunisten wie der Rechtigen richteten sich in erster Linie gegen ihn. Die letzte Schmähoffensive der Rechten, die wiederum von Herrn Baumeister geleitet wurde, ist ja erst vor wenigen Wochen kläglich zusammengebrochen. Und diese heimtückische Intrige wäre Gebering schon früher aus dem Amte geschickend, da seine Gesundheit seit langem untergraben ist, und ein mehrmonatiger Urlaub ihm nicht die erhoffte Erholung gebracht hätte. Er wollte aber den Anzeichen verwehren, als flüchte er vor den Baumeisterschen Angriffen, und harrte deshalb auf seinem Posten aus. Jetzt aber verlangt die Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand gebieterisch eine längere, vollständige Ausspannung. Die geselligen Anforderungen der Rechten sind neben den großen Anforderungen des Amtes zu weichen, die seine Kraft gebrochen haben. So ist auch ein Minister der Republik, wenn sein Schicksal auch nicht so hart war, wie das Gertis, Ratsmanns oder Erbergers.

Karl Gebering ist neben Friedrich Gertis die beste Vorbereitung des aus dem Arbeiterstande herangekommenen preussischen Staatsmannes. Am 1. Juni 1875 in Borsdorf in Westfalen geboren, hat er nur die Volksschule und die Fortbildungsschule besucht und später das Schlosserhandwerk erlernt. 1901 wurde er Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes, im nächsten Jahre übernahm er die Redaktion der „Bielefelder Volkswacht“. In den unruhigen Jahren 1919 und 1920 beehrte er sich als Reichsminister in Weisfallen und übernahm nach dem Kapp-Putsch das preussische Innenministerium, das er leidend, mit halbjähriger Unterbrechung, innehatte. Mit seiner Person liefert er den Beweis, welche staatsmännischen Fähigkeiten und Kräfte in der Arbeiterbewegung ruhen, Kräfte, die nur durch die Demokratie für das Wohl der Gesamtheit mobilisiert und nutzbar gemacht werden können.

## Der Deutsche Bauernbund und Dr. Böhme

Wir hatten angekündigt, daß wir zu dem Ausscheiden des Herrn Dr. Böhme aus dem Deutschen Bauernbund Stellung nehmen werden. Das ist unterblieben aus ganz bestimmten Gründen. Wir sind nun wiederholt in dieser Sache befragt worden und haben auch verschiedene Zuschriften erhalten, auf die wir bisher noch nicht eingegangen sind. Wir glauben aber eine Zulchrift veröffentlichen zu sollen, weil der Verfasser in früheren Jahren sehr rühmlich für den Bauernbund tätig war. Dieser demokratische Bauernbündler schreibt:

Der bisherige Hauptgeschäftsführer des Deutschen Bauernbundes hat sein Amt niedergelegt und wie in der Öffentlichkeit bekannt wurde, aus Gesundheitsrücksichten. Diese Begründung wird nur zum Teil richtig sein. In der Hauptsache scheint der Rücktritt doch eine Folge des Ausscheidens Dr. Böhmes aus der Deutschen Demokratischen Partei zu sein. Die Deutsche Demokratische Partei hat stets willfährig erwiesen, wenn es sich darum gehandelt hat, den mittleren und kleinen Landwirten zu helfen, also den Krisen, um die Herr Dr. Böhme von der Volkspartei unterstützt hat. Der Vorsitzende des Reichslandbundes Herr H e p p e, um ich erlauben habe, auf seine Funktion einem sehr großen Einfluß ausübten. Herr Dr. Böhme hat doch noch in der Deutschen Volkspartei nicht die Rolle spielen können, die ihm die Deutsche Demokratische Partei eingeäumt hatte. Diese Auffassung haben viele Kreise des Deutschen Bauernbundes und wenn man den Scheitern

Staatspräsident a. D. Dr. Hummel M. D. R.  
spricht am Sonntag, den 10. Oktober, vormittags 11 Uhr, in der Freundschaft.

des Deutschen Bauernbundes für Dr. Böhme aufmerksam durchführt, findet man diese Auffassung auch bestätigt. Nicht die Deutsche Demokratische Partei hat Herrn Dr. Böhme den Stuhl vor die Tür gesetzt, sondern Böhme hat umgekehrt geglaubt, daß sein Anschlag an die Deutsche Volkspartei ihm ein höheres Reichstagsmandat bringen wird. In dieser Annahme hat sich Herr Dr. Böhme bitter getäuscht. Er hat nun nicht, was richtig gewesen wäre, sich sachlich zu den wirtschaftlichen Fragen gewandt, und da, wo die Volkspartei verlangte, Kritik geübt, nein, er hat es als seine Aufgabe angesehen, bei allen Gelegenheiten gegen die angeblich demokratische Großstadtpresse gewandt hat. Herr Böhme wußte, daß auf diese Weise, trotzdem daß er durch seine Reden und Artikel den Ansehens erwarb, als wenn die Ausführungen großer demokratischer Berliner Blätter reiflos die Meinung der demokratischen Parteileitung wiedergäbe. Ich möchte weiter sagen, daß Herr Dr. Böhme nunmehr in seinem Kampf gegen die Demokratie sich weiter sehr verirrte und daß jeder, der ihn kannte, zu dem Ergebnis kommen mußte, daß Herr Dr. Böhme sich recht bald abwickeln wird. Das ist nunmehr eingetreten. Persönlich bedauere ich, daß Herr Dr. Böhme sich nun so plötzlich in der Verfertigung vermindert. Er war ein geborener Agitator für den Deutschen Bauernbund. Vieles hat er mit Hilfe der Demokraten erreicht, vieles konnte er mit den Demokraten bestätigen, wenn er etwas höher und überlegter behandelt hätte. Für uns Bauernbündler entsteht nun die Frage, was soll aus dem Deutschen Bauernbund nach dem Austritt von Dr. Böhme werden. Die Politik von Herrn Dr. Böhme und die Art,

wie er den Bauernbund festzuhalten verstanden hat, hat den Deutschen Bauernbund in den letzten Monaten in eine schwere Krise hineingeführt. Die Organisation hat unendlich gelitten. Sie wird nur in Stand zu setzen sein, wenn nunmehr alle überzeugten Demokraten im Deutschen Bauernbund wieder kräftig mitarbeiten und wenn der Deutsche Bauernbund sich als solcher von rechts loslöst und wirklich parteipolitisch unabhängig seine Ziele verfolgt. Dabei muß die Leitung des Bauernbundes größten Wert auf Objektivität legen, jedenfalls gegenüber den Parteien, von denen man die notwendige parlamentarische Unterstützung bedarf. Nur so wird es möglich sein, wieder lebhafter und begeisterter sich für den Bauernbund einzusetzen und ihn vorwärts zu treiben. Jeder kleine und mittlere Landwirt in der Provinz Sachsen wird zum Deutschen Bauernbund wieder Zuertrauen gewinnen, wenn er weiß, daß diese Organisation in keiner Weise von rechts abhängig ist.

**Aus Parlamenten und Parteien**  
Gegen deutschnationalen Demagogie.

Der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Oberjochten hat auf dem Parteitag der Deutschnationalen in Köln die Behauptung aufgestellt, daß der Gesichtspunkt der Steuerermäßigung nicht etwa von dem demokratischen Reichsfinanzminister Dr. Reichhold erfunden sei, im Gegenteil, er sei schaffener in die Tat umgesetzt worden. Die Deutschnationalen rechnen anheimend mit dem nächsten Gedächtnis der Steuerzahler. Es ist aber unvorgefallen, daß seinerzeit viele Millionen Steuern zu viel aus der deutschen Wirtschaft herausgepreßt worden sind. Bei Fortsetzung dieser wirtschaftsfeindlichen Steuerpolitik würde ein Zusammenbruch des Wirtschaftslebens unermesslich gewesen. Schließlich

ist auch noch unvergessen, daß der deutschnationalen Finanzminister von Schlieben die Steuerermäßigungsanträge der Deutschen Demokratischen Partei abgelehnt hat. U. a. hatten die Demokraten damals schon beantragt, die allgemeine Umlagsteuer herabzusetzen und die Luxussteuer zu streichen. Die freien Berufe und Handelsvertreter sollten von der Umlagsteuer ganz befreit werden. Dieser Antrag erhielt durch Ueberweisung an den Steuerausschuß ein sicheres Begründnis. Der Antrag, die Luxussteuer aufzuheben, wurde abgelehnt und ebenso wurde ein zweiter Antrag abgelehnt, nachdem die Luxussteuer wenigstens auf 5 Prozent herabgesetzt werden sollte. Erst als die damaligen Regierungsparteien die Zollerhöhungen bewilligt hatten, wurde die Umlagsteuer auf 1 Prozent herabgesetzt. Daß die Deutschnationalen jetzt auch das Steuerermäßigungsprogramm für sich in Anspruch nehmen, ist denn doch eine zu plumpe Spekulation auf die Bergeshöhe der Wähler.

**Eine neue Zeitung für Bauern und Kleinbauern**

In der Stadttrierzeit haben sich in fast allen Gebieten des Reiches auch die Bauern und Kleinbauern an besonderen Berufsverbänden zusammengeschlossen. Im Gegensatz zum Reichslandbund bekennen sich die meisten dieser bäuerlichen Verbände offen zur republikanischen Staatsform. Sie kämpfen vor allem darum, daß die deutsche Agrarpolitik endlich auch auf die Belange und Bedürfnisse des Bauernstandes, der Mehrheit der deutschen Landwirtschaft eingestellt wird. Das ist dringend notwendig, weil bis in die Gegenwart hinein fast nur die Ansprüche des reaktionären Großagrariertums und die Tendenzen konserverativer Standespolitik den Ausschlag gaben. Die Mehrzahl dieser neuen fortschrittlichen Bauernverbände hat sich zusammengeschlossen und sich eine eigene,

◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆

**Mitglieder**  
des  
**Konsumvereins**  
decken ihren Winterbedarf  
nur im eigenen Geschäft  
**Jakobstraße 42.**  
Wir bringen eine große Auswahl in  
**Damen-Mänteln** mit Pelz . . . . . von **22.50** an  
**Backfisch-Mänteln** . . . . . von **18.50** an  
**Frauen-Mänteln** in allen Weiten . . . . . von **27.00** an  
**Strickjacken** reiche Auswahl . . . . . **17.00**  
**Velour de laine** . . . . . von **5.00** an  
**Ottomane** in vielen Farben . . . . . von **9.50** an

**Möbel**  
Schrinke v. 60.- an  
Vertiko v. 75.- an  
Auszug v. 45.- an  
Stuhlem. R. v. 7.- a  
Sofa v. 100.- an  
Bücherdruck. 50.- an  
Schreibt. v. 50.- an  
Pflz.-Tische v. 50.- an  
Bürett v. 175.- an  
Anrichte v. 100.- an  
Gr.-Auszug v. 60.- an  
Chaiselong. v. 30.- an  
Bettstellen v. 120.- an  
Stahlboden v. 1.- an  
Stell.-Anlg. v. 20.- an  
Wasch. m. Mv. 30.- an  
Garderob. v. 35.- an  
**Möbel-Speicher**  
Jakobstraße 49

**Hotel u. Restaurant**  
**„Weißer Bär“**  
Bes. Ad. Lührnagel.  
Fachmännische Ausbildung von  
**Kraftwagenführern**  
in der staatl. konz. Privat-  
**Auto-Schule BUSCH,**  
Prälantenstraße 32. — Fernruf 1122.  
Prosp. frel. Erleicht. Zahlungsbed. Eintr. täglich.  
Wichtigste Bezugsquelle  
für **Schuhwaren**  
**B. Wolff's** Gelegenheitskäufe  
Schwertfegerstraße 14/15.

**Werbt**  
neue  
Abonnenten!

**Pelz-**  
Jacke . . . . . M. 75  
Mantel . . . . . M. 100  
natur Skunks-Krg. . . . . M. 50  
Herren-Sport-Pelz . . . . . M. 90  
die  
praktische große Mode!

**Elektrik-Hut** modern . . . . . Mk. 10.00  
**Elektrik-Hut** gute Ware, sehr schön . . . . . 12.50  
**Elektrik-Hut** feine Form, für Subjektiv . . . . . 15.00  
**Maulwurf-Hüte** Mk. 20.00 und höher.  
**Sternau**  
Alter Markt 32 (Über Toepfer)  
Eigene Werkstätten.

**Demokraten!**  
Beteiligt Euch an dem  
**Stammtisch**  
jeden Dienstag ab 8 Uhr im  
Hotel Weißer Bär.

**Denken Sie daran**  
Ihre  
**Familien-Anzeigen**  
auch in unserer Zeitschrift aufzugeben.

**Achtung!** **Wirte!**  
Das Gebot der Stunde ist die  
**Desinfection**  
von jeglichem Glas und Geschirr.  
Das einzigste im Handel befindliche  
Spezial-Präparat ist  
**Dimitrix**  
Bestellen Sie sofort 1 Flasche für  
7.50 Mk. (Inhalt ca. 500 Gramm)  
per Nachnahme. Prosp. gratis!  
**Martin Heile, Bremen,**  
Wilhelmstraße 3.  
(Bei Gastwirtschaften u. Hotels  
gut eingeführte Vertreter gesucht).

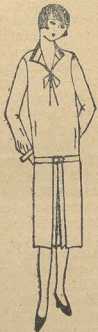
Wir fertigen  
**Druck-**  
**sachen**  
für jeden Bedarf  
schnellstens an  
Buchdruckerei  
**Hugo Alders,**  
Dellitzsch-  
Feldstr. 466.

**Stärkt die Demokratie!**  
Wer dem Vaterlande nützen will,  
für **Einigkeit, Recht und Freiheit** eintritt,  
der reicht zur gemeinsamen Arbeit  
allen Gleichgesinnten die Hand.  
Zur Aufnahme meldet sich:  
Name: .....  
Vorname: .....  
Beruf: .....  
Wohnort: .....  
Straße: ..... Nr. ....  
Bemerkungen: .....  
Ausgefüllt einzusenden an die  
**Deutsche Demokratische Partei**  
für den Bezirk Halle,  
Halle, Leipziger Straße 21;  
für den Bezirk Magdeburg-Anhalt,  
Magdeburg, Breiter Weg Nr. 139/140

# Und wieder ein günstiges Angebot

aus unserer umfangreichen Abteilung

Damen - Konfektion



**Kleid**  
laut Bild  
aus reinnollen  
Ries, Feinmari-  
natur im Rock,  
belaubter vorzue-  
beil

**15<sup>75</sup>**  
M.



**Kleid**  
laut Bild  
aus gutem Rip-  
popeline, Rock  
mit reich, Fein-  
genuet u. fahr-  
gezeile

**19<sup>75</sup>**  
M.



**Mantel**  
laut Bild  
aus reinmollen  
Glor, mit fei-  
licher Knopfmari-  
natur und Weis-  
beleg

**24<sup>50</sup>**  
M.



**Kleid**  
laut Bild  
aus reinmollen  
gutem Rip, mit  
reiner, darmit  
am Rock, hah-  
sche Blauform

**24<sup>50</sup>**  
M.



**Kleid**  
laut Bild  
in selben Farben  
aus gutem Rip-  
rip mit Cheze-  
de chine-Kroen  
und Einleg

**29<sup>50</sup>**  
M.

## Lange & Münzer

Breiteweg Nr. 51/52

politisch unabhängige Spitzenorganisation im Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe, (Berlin N. 24, Monbijou-Platz 3) geschaffen. Im Verlage dieses Verbandes erscheint ab 1. Oktober dieses Jahres als neue agrarpolitische Wochenchrift die „Deutsche Bauernzeitung“. Sie wird den einheitlichen Zusammenfluß und das Zusammenwirken der provinziellen und einzelstaatlichen Bauern- und Kleinbauernverbände fördern und einer zielbewußten bäuerlichen Berufs- und Standesvertretung dienen. Durch dieses Organ sollen auch die Deffentlichkeit, die politischen Parteien und die Regierungen über die immer weiter- und tiefgreifende neudeutsche Bauernbewegung unterrichtet werden. Als Schriftleiter zeichnet Paul Hilmann, der als Hauptgeschäftsführer des Schließlichen Bauernbundes Befestliches für die neue Bauernbewegung geleistet hat.

### Die Folgen der Schließlichen Finanzpolitik.

Auf der Harzburger Hotelbesitzertagung nahm der Präsident des Reichsverbandes der Hotelbesitzer, der Deutsch-hannoverische Reichstagsabgeordnete Nolte aus Hannover u. a. auch zu den Steuerfragen Stellung. Es war sehr interessant, von ihm zu hören, daß er erklärte: „Wenn die erhoffte Rempause ausgeblieben sei, so sei das lediglich auf die fallche Finanzpolitik des Reiches zurückzuführen.“ Herr Nolte hätte nun weiter gut getan, hinzuzufügen, was er jedenfalls vorgehen hat, daß er selbst diese Finanzpolitik als Vertreter der Wirtschaftspartei und der damit verbundenen Deutsch-hannoveraner mitgemacht hat. Die Vorwürfe, die er hier erhebt, mißte er selbst eigentlich gegen seine Partei und gegen sich selbst richten.

### Einführung der Volksschullehrer.

Der demokratische Landtagsabgeordnete Herrmann Breslau hat an das Staatsministerium nachstehende kleine Anfrage gerichtet:

„Die am Jahresbeginn 1926 seitens des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vorgenommene statistische Erhebung über die Einführung der Volksschullehrerschaft in den Gehaltsgruppen 1, 2 und 3 ergab eine rund 8000 Volksschullehrer betreffende ungünstige und gleichwichtige Einstellung. Es ist daraufhin durch Verfügung des Aufstufungsalter für die nach Gruppe 2 einzustufenden Lehrer um ein Jahr zurückgestellt worden, ob

1. sich nunmehr die Zahl der in den Gruppen 1, 2 und 3 eingestufenen Lehrer mit den gesetzlichen Bestimmungen in Einklang befindet.
2. eine weitere Herabsetzung des Aufstufungsalters erforderlich und beabsichtigt ist.“

### Eine Krankenfürsorgekasse der Deutschen Reichspost.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erfährt, ist das Reichspostministerium zur Zeit mit Vorkarbeiten beschäftigt, die die Schaffung einer Krankenfürsorgekasse für die Beamten der Reichspost zum Ziele haben. Ein bestimmter Zeitpunkt für die Einrichtung dieser geplanten Krankenfürsorgekasse kann jedoch noch nicht angegeben werden, da vorher Verhandlungen grundsätzlicher Art mit dem Reichsfinanzministerium, mit dem Verwaltungsrat

der Reichspost und den Beamtenorganisationen geführt werden müssen.

D. D. P.  
Magdeburg

### Demokraten!

befucht den Stammtisch.

Jeden Dienstag ab 8 Uhr „Hotel Weißer Bär“.

### Fasaiter!

Der Handlungsgehilfe Schneider aus Friedenau, welcher auf offener Straße die Reichsfarben mit lauten Schmähwürden beschimpft hatte, ist von dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden.

### Bayerisches!

Weber eine Tagung des bayerischen Heimat- und Königsbundes in Kößling, bei der wieder einmal auch der ehemalige Kronprinz Rupprecht anwesend war, schreibt der Bauernbundführer Kähler in Lomau unter der Ueberschrift „Monarchistische Verblödung in Bayern“. Nachdem dann Seiner Königlichen Hoheit die Liebe des Volkes auf Kommando demonstriert worden war, wurde von der Versammlung gemeinsam geschimpft, wobei sich Serenifimus aus einem ihm gereichten Schmalzterglas allerhöchst zu beteiligen genötigt.

### So was kann nur in Bayern vorkommen!

Vor dem Regensburger Gericht hatten sich dieser Tage der Bürgermeister und der Kassierer eines bayerischen Dorfes wegen schwerer Unterschlagung und Falschens jeder Buchführung zu verantworten. Sie wurden jedoch unter großer Heiterkeit der Zuhörer wegen „grenzenloser Dummheit“ freigesprochen.

### Arbeitslosigkeit und Damesplan.

Welchen Einfluß haben die Dameszahlungen auf die deutsche Wirtschaftskrise und die deutsche Arbeitslosigkeit? In einer Verammlung des Gemeindefratsringes in Stolp in Pommern hat der demokratische Reichstagsabgeordnete Gerstlich vor einigen Tagen diese Fragen zu beantworten versucht.

Entsprechend den bekannten Anschauungen des englischen Volkswirtschaftlers Professor Keynes ist Erlezung der Meinung, daß es, wirtschaftlich gesehen, wenig Unterschied macht, ob wir an die ehemaligen Kriegsgegner Geldleistungen oder Sachleistungen abführen. Der Unterschied ist höchstens ein Währungspolitischer. Ein in einem in andern Falle müßten wir beträchtliche Leistungen bringen, ohne dafür Gegenleistungen zu erhalten. Die Leistungen Deutschlands auf Grund des Damesplans betragen für das dritte Reparationsjahr bis zum 1. September 1927 rund 1,8 Milliarden Mark, einschließlich der Leistungen aus dem sogenannten „kleinen Besserungsschein.“

### Hohenzollern-Park.

Jeden Dienstag, Mittwoch,  
Donnerstag ab 3<sup>1/2</sup> Uhr

### Kaffee-Konzert

mit  
Kleinkunst-Bühne.

### Parkrestaurant Vogelgesang

berühmt durch seine alten Baum-  
bestand und durch seine wunderbaren  
Rosen- und Dahlien-Anlagen, die be-  
deutendsten der Provinz.

Sonntags:

### Gesellschafts-Ball.

### Salzquelle

Jeden Sonntag:

### Konzert

Anfänglich  
Tanzkränzchen.

### Kaufe

im  
Konsum-Berein!

Wenn man von der Annahme ausgeht, daß eine durchschnittliche Arbeitstrakt jährlich 2000 Mark verdienen muß, und daß auf den Kopf jedes Arbeiters weitere 2 000 Mark für Material und sonstige Unkosten entfallen, dann bedeuten die erwähnten Zahlungen, daß für die Arbeitslosigkeit von etwa 450 000 Arbeitern die entsprechenden Gegenleistungen erhält und infolgedessen die entsprechende Anzahl Arbeiter weniger beschäftigen kann. In runden Ziffern kann man also sagen, daß durch die Dameszahlungen 450 000 Arbeiter und Angestellte arbeitslos sein werden, das heißt ein Viertel der augenblicklichen Arbeitslosenziffer. Man aber entstehen aus dieser Lastade weitere Befahrungen. Wenn man die Erwerbslosenunterstützungen dieser 450 000 Arbeitslosen nur mit 500 Mark im Jahr einseht, dann wird an diese 450 000 Arbeitslosen an Erwerbslosenunterstützungen ein Betrag von etwa 225 Millionen Mark ausgezahlt. Damit steigt die direkte und indirekte Dameslast auf über zwei Milliarden. Wenn diese Zusammenhänge zurzeit nicht ganz klar erscheinen, so liegt das daran, daß die sorgfältig nach Deutschland einfließenden Auslandskredite zurzeit eine Geldflut vor-täuschen, die in Wirklichkeit nicht vorhanden ist.

### Bötschke Verleumdung.

Redakteur Weiß vom „Käuflichen Beobachter“ hatte sich vor dem Schöffengericht in Worms wegen Verberreitung einer unwahren Behauptung zu verantworten. Er hatte in dem Blatt einem ihm aus Worms zugegangenen Bericht Raum gegeben, in dem behauptet worden war, daß der in Worms anfallige jüdische Kaufmann Gorfesheimer die Kommunisten zur Störung einer sozialistischen Versammlung aufgehetzt habe. Die Verhandlung ergab die vollständige Unwahrscheinlichkeit dieser Behauptung. Unter Rücksichtnahme auf die Verhältnisse des Weiß wurde der Beflagte zu einer Geldstrafe von 150 Mark verurteilt und dem Kläger das Publikationsrecht in den Wormser Blättern zugesprochen.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag  
Ludwig Wanz, Magdeburg.  
Druck: Buchdruckerei Hugo Wppers (Allg. Ztg.), Delitzsch.

### Werbung neuer Mitglieder und Verbreitung unserer Wochenchrift

ist die beste  
und nachhaltigste Unterstützung  
der Partei.

Anmeldungen nehmen entgegen:

Deutsche Demokratische Partei Magdeburg  
Breiteweg 139/140

Deutsche Demokratische Partei Halle  
Leipziger Straße 21.

Sprechende Zahlen.

Ein Beitrag zu der Debatte über das kommende Reichsschulgesetz.

Von Dr. Bohner, Oberstudiendirektor, Mitglied des Landtages.

Dem „Berliner Tageblatt“ Nr. 447 vom Mittwoch, den 22. September entnommen.

Im Gegensatz zur Volksschule ist das preussische höhere Schulwesen von konfessioneller Gliederung bis auf wenige Ausnahmen frei und rein paritätisch aufgebaut. Der Uebergang erfolgte am 16. September 1869 durch einen Beschluß des Landtages, daß in der Nachweisung der höheren Schulen im Staatsausbau die Bestimmungen evangelisch und katholisch künftig weggelassen werden sollten. Das Aufgeben des konfessionellen Charakters wurde seitdem für die Gewährung von Staatszuschüssen zur Bedingung gemacht. Gründe für den Uebergang waren zunächst staatsrechtliche Erwägungen. Man hätte in keiner Schrift den sogenannten historischen Standpunkt des Kultusministeriums, daß alle im Reformationszeitalter vorhandenen höheren Schulen als evangelisch oder katholisch angesehen werden, bekämpft und auf das allgemeine Landrecht hingewiesen, nach dem die Religion in den höheren Schulen konfessionell gelehrt werden mußte, die Wissenschaft aber nicht konfessionell gelehrt werden durfte und der Staatsausfall zur Pflicht gemacht war, darüber zu wachen. Mehr noch aber hatten praktische Ueberlegungen dazu geführt. Von rund 400 öffentlichen Schulen waren kaum noch 10 von Schülern nur eines Bekenntnisses besetzt. Das katholische Gymnasium Braunsberg hatte 1869 106 evangelische, 201 katholische Schüler bei rein katholischen Kollegien, das in Sagan 90 evangelische gegen 54 katholische, ebenfalls bei rein katholischen Kollegien. Umgekehrt unterrichteten rein evangelische Kollegien am stiftungsgemäß evangelischen Gymnasium in Ratiborß 45 evangelische und 347 katholische Schüler, am evangelischen Friedrich-Wilhelm-Gymnasium in Köln 169 evangelische gegen 190 katholische. Auch von katholischer Seite ist anzuerkennen worden, daß bei solchen Zahlen die Simultanaufstellung des höheren Schulwesens die einzige Lösung ist, die niemand verweigert.

Uebrigens wird dabei geflissentlich, daß auch bei der Volksschule ähnliche Zahlen nachzuweisen sind. Die „Allgemeine deutsche Lehrerzeitung“ weist mit Recht auf die preussische Schulstatistik von 1906 hin, neuere Zahlen stehen noch nicht zur Verfügung, waren aber nur noch unbedeutender. Hier werden einzeln die Schulen aufgeführt, in denen eine Ueberschreitung mehr als 120 Schüler zu unterrichten hatte. Das war damals möglich, immerhin schlug dem Staat schon das Gewissen, und man verlangte die Schulen weniger in der Statistik an. Da findet man nun evangelische, antwortung evangelische Schulen, in denen gegenüberstehen

- 23 evangelische Schulfinder 137 katholischen,
25 evangelische Schulfinder 106 katholischen,
38 evangelische Schulfinder 96 katholischen,
47 evangelische Schulfinder 76 katholischen,
51 evangelische Schulfinder 98 katholischen,
53 evangelische Schulfinder 82 katholischen,

u. s. w. Es findet sich auch eine katholische Schule mit 50 evangelischen Schülern bei 80 katholischen. Die Statistik führt weiter die Schulen einzeln auf, in denen ein Lehrer weniger als 20 Kinder zu unterrichten hat. Auch da finden wir antwortung evangelische Schulen bei 3 evangelischen gegen 14 und 15 katholische Schüler oder katholische Schulen mit 9 evangelischen und 6 katholische Schülern. Es ist klar, daß diese Statistik nur ein ganz geringes Teil der preussischen Volksschulen überhaupt erfährt. Wie mag es z. B. in den Schulen mit über 20 Schülern ausgefallen haben, die doch die anderen an Zahl weit überstrafen? Wie in den Halbtags- und mehrtägigen Schulen?

Die Freunde der konfessionellen Schule wünschen, daß das kommende Reichsschulgesetz bestehende „evangelische“ und „katholische“ Schulen als solche anerkenne. Angesehen von dem Unterschied zwischen einer Schule, deren Wesenstypus durch den vom Staat eingelegten und nur ihm verantwortlichen Lehrer mit bestimmter Bekenntniszugehörigkeit besteht, und einer Schule, die den „Geist des Bekenntnisses“ tragen soll, wird man angesichts solcher Zahlen sehr zu prüfen haben, ob nicht eine solche Anerkennung die Wege waltig und erheblicher Minderheiten bedeuten würde und ob nicht das Ausgehen von der Gemeinheitschule zuletzt den wahren Schatz der Gewissensfreiheit bedeutet.

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Gesellschaftsführender Ausschuss). Sitzung am Montag, den 11. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Geschäftsstelle.

D. D. P. (Stammfisch). Dienstag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär“, WeinstraÙe 6. Die Mitglieder der D. D. P. werden gebeten, sich am Stammtisch zu beteiligen.

Sitzung des Vorstandes des Bezirksverbandes, Sonntag, den 10. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, Hotel „Weißer Bär“, WeinstraÙe 6.

Die Deutsche Demokratische Partei veranstaltet am kommenden Sonntag den 10. Oktober vorm. 11 Uhr in

Der Reichsführertag der Demokratischen Jugend.

Bamberg, den 4. Okt. 26.

Der vom Reichsland Deutscher Demokratischer Jugend in Bamberg abgehaltener Reichsführertag war von Mitgliedern und eingeladenen Gästen aus dem gesamten Reich außergewöhnlich stark besucht. Der Samstag nachmittag wurde nach Eröffnung der Tagung durch den ersten Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Jugend Lemmer, M. d. R., durch Beratungen bundespolitischer und organisatorischer Art ausgefüllt. In zahlreichen Referaten und Diskussionsreden wurde die jungdemokratische Arbeit des kommenden Winters besprochen, aus der die Pläne einer jungdemokratischen Reichsschulungswoche, einer Jugend-Werbewoche und des jungdemokratischen Jugendtages zu Pfingsten 1927 in Heidelberg hervorgehen sind. In einer großartigen öffentlichen Kundgebung sprachen Oberbürgermeister Duppel-Bamberg, Reichstagsabgeordneter Haas-Karlsruhe und der bayerische Jungdemokratenvorführer Stüdtgen-Münster. Dr. Haas sagte u. a.: „Es gibt keine nationale Größe ohne starke Zentralgewalt des Reiches. Eine Quelle deutscher Schwäche ist stets der partikularistische Geismus deutscher Dynastien gewesen. Deshalb ist der deutsche Einheitsakt unser Ziel. Das Reich über den Ländern! Das Reich über alles! Die Ziele der Jugend müssen in der Zukunft des Vaterlandes liegen. Eine Jugend, die ihre Ziele in der Vergangenheit sucht, ist keine wahre Jugend.“

Die Haupttagung fand unter dem Sammeltitel „Demokratie, Liberalismus und die politischen Probleme der Gegenwart.“ Zunächst sprach der Jungdemokrat Ernst Schein-Berlin über „Die historische Entwicklung des demokratischen und liberalen Gedankens.“

Heute ist der alte Liberalismus tot, doch seine Grundgedanken: Freiheit und Fortschritt, und das Bewußtsein des Wertes der Persönlichkeit haben auch heute ihre Gültigkeit.

Sodann sprach Dr. Julie Meyer-Münsterberg über „Die gesellschaftlichen Grundlagen des Liberalismus und der Demokratie.“ Der Liberalismus ist entstanden mit dem Emportreiben des städtischen Bürgertums. Die Grundformung des Liberalismus ist das starke Selbstgefühl des alten Bürgertums, ein starkes Gefühl für den Wert der eigenen Persönlichkeit. Heute gibt es keinen gescheiterten Stand des Bürgertums mehr. An die Stelle des Standes sind die Klassen getreten, das sind Gruppen von Menschen gleicher Interessenlage: Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die städtische Kultur wird nicht mehr von den alten Schichten getragen, sondern das Proletariat drückt ihr den Stempel auf.

Das letzte Referat hielt der gesellschaftsführende Bundesvorsitzende der Demokratischen Jugend, Hans-Werner Gehrig, Berlin, über das Thema „Demokratie, Liberalismus und das deutsche Staatsproblem.“ Der Redner führte u. a. aus: „Nicht unpolitisch aber unaktuell und unbefangenen soll unsere jungdemokratische Tagung das Ausprechen, was die Jugend für wahr und würdevollenswert hält. Noch immer ist die deutsche Republik nicht Erfüllung, sondern Aufgabe. Es geht nicht an, die Anerkennung der Formen, Repräsentanten und Hoheitszeichen des Staates durch immer weitere Kreise als in Uebereinstimmung anzusehen mit Gemühtung und Liebe zu diesem Staate. Wir bekämpfen einen bloßen Konjunktur-Republikanismus, wir sind misstrauisch gegenüber dem nur tatsächlichen Demokraten der politischen Rechte, wir wollen nicht die Stabilisierung der Republik unter großagratischer Vorherrschaft; wir erstreben den sozialen Volksstaat, der dem Bürgertum und Proletariat in verantwortlicher Zusammenarbeit zu gleichen Teilen getragen sein muß. Wenn die sozialistische Jugend mehr sein will, als eine akademische Gemeinschaft von mehr oder weniger geistvollen Gesellschaftskritikern, so sollte sie nicht die Hand ausstrecken, welche die ehrlieh sozial und republikanisch geklärte, bürgerliche Jugend ihr entgegenzustrecken bereit ist. Dabei wünscht niemand eine Verwischung der Gegensätze. Die Kräfte der Jugend drängen vorwärts und lassen sich nicht beirren. Die Jugend soll nur ihr eigenes Leben leben und ihre Kämpfe kämpfen. Das Leben und der Kampf der Jugend in der Politik bedeuten das Leben und die Kämpfe der deutschen Zukunft.“

Im Anschluß an eine Ansprache hielt der Leiter der Tagung, Abgeordneter Lemmer, unter großem allgemeinem Beifall eine programmatische Schlußansprache, in der er die aktuellen und grundsätzlichen Ziele der jungdemokratischen Bewegung formuliert. Seine Ansprache stieß aus in ein begeistertes Beifallsstürmen, welches die in schmerzlicher Notzeit der deutschen Republik das Weimarer Verfassungswerk geschaffen haben. Das politische Wollen der Jungdemokratie, das sich auf dieser Tagung wie noch nie zuvor in großer Geschlossenheit gezeigt hat, wurde in einer Willens- und Energieübertragung, in der es heißt:

„Innerhalb der jetzt voreilich stark in Flug kommenden Bewegung der überparteilichen republikanischen Zusammenarbeit will die demokratische Jugend daran mitwirken, durch die Schaffung eines festen Blocks der Republikaner eine konsequente und kontinuierliche republikanische Politik zu ermöglichen. Wir erwarten, daß die republikanische Jugend aller Richtungen auf dem Wege zu diesem Ziel den Parteien und Parlamenten vorangehen wird.“

der „Freundschaft“ eine politische Ansprache, zu der die Leiter unseres Blattes freundlichst eingeladen sind.

D. D. P. Magdeburg. Zur gefl. Beachtung. Der Mitgliedsbeitrag für das III. Quartal ist fällig und wird nunmehr durch unseren Kassaboten eingezogen. Rück-

Advertisement for D.D.P. Magdeburg featuring a large arrow graphic pointing downwards with the text 'Dr. Hummel M. d. R.' and 'Aussprache der demokratischen Wähler über die wirtschaftliche u. politische Lage am Sonntag, den 10. Oktober, mittags 11 Uhr in der „Freundschaft“'.

stände werden bei dieser Gelegenheit nachsichtigt. Wer in der Lage ist, über den Mindestbeitrag zu verfügen, bitten wir darum. Die geleisteten Zahlungen erlösen wir eigenhändig in die Kassierei einzutragen. Wirtschaftlich Schwache legen die Höhe des Beitrages selbst fest. Alle Freunde, die wir durch besonderen Brief, am Einberufung der rückständigen Beiträge ersuchten, erinnern wir hiermit nochmals an ihre Beitragspflicht.

Jedes Mitglied hat die Pflicht, die Verammlungen der D. D. P. zu besuchen und der Partei neue Mitglieder zuzuführen.

Magdeburg, Deutsche Demokratische Jugend. Sonntag, den 10. Oktober 1926, morgens 11 Uhr in der „Freundschaft“ Parteiverammlung. (Redner: Herr Staatspr. a. D. Dr. Hummel.)

Freitag, den 15. Oktober 1926, abends 8 Uhr in den Altstädter Bürgerkälen: Diskussionsabend. (Herr Rechtsanwalt Dr. Wenne.)

Freitag, den 22. Oktober 1926, abends 8 Uhr im Frantz-Jugendheim: Vom deutschen Rhein und der „Gefolge“. (Redner: Fräulein E. Wenz.)

Freitag, den 29. Oktober 1926, abends 8 Uhr in den Altstädter Bürgerkälen: Neue Wirtschaft. (Redner: Herr Ing. Lampe.) - Zu diesen Veranstaltungen ist die demokratisch geklärte Jugend freundlichst eingeladen.

Landgerichtsdirektor Hoffmann suspendiert. Der Magdeburger Landgerichtsdirektor Hoffmann, gegen den im Zusammenhang mit der Köllingaffäre ein Verfahren beim Disziplinar-Senat des Oberlandesgerichts in Naumburg schwebt, ist durch Beschluß des Senats vom 28. September vom Amte suspendiert worden. Es handelt sich um einen vorläufigen Beschluß des Senates, die Untersuchung gegen Landgerichtsdirektor Hoffmann geht weiter.

Herr Hoffmann hatte wieder den Vorsitz der Strafammer 1 übernommen, so daß die Gehaltsangelegenheiten in eigener Sache zu werden. Dieser Vorfall gab der demokratische Abg. Dr. Bohner in einem Schreiben an den Justizminister Am Jahnhoff Ausdruck. Das Schreiben lautet:

Sehr geehrter Herr Minister! Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich zum zweiten Male in der Sache Schröder mich an Sie wende. Ich bin Ihrer dauernden Aufmerksamkeit für Magdeburg gewiß und bin auch überzeugt, daß Sie selber schon das hier Mitgeteilte kennen. Dennoch möchte ich als Abgeordneter auf die Gefahren hinweisen, die daraus ents-



# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 41

Halle (S.), 9. Oktober 1926

2. Jahrgang

## Störende Zwischenfälle.

Die Kunst des Möglichen — Poincaré als Gegenpiel — Das Schuldenabkommen mit Amerika — Geringe Ausichten — Die Auslegung der Eisenbahnböns — Die Begegnung von Livorno — Der Seeweg nach Indien — Die Lockerung des Imperiums — Italiens Ansprüche im Orient — Balkanbündnisse — Unsere Beziehungen zu England — Die Räumung des besetzten Gebietes — Feindliche Zwischenfälle — Volkspartei und Liberalismus — Abgabe nach rechts — Noch keine Große Koalition in Preußen — Karl Seegering — Der Fall Munzinger.

Politik ist die Kunst des Möglichen und damit des Wahren. Den geeigneten Augenblick zu erfassen und auszunutzen, ist das erste und höchste Erfordernis für einen Staatsmann. Infolgedessen ist Gebuld Voraussetzung. Wer die Vergangenheit überflieht, weiß, daß das alte Deutschland gerade darin unendlich gescheitert ist. Wilhelm II. telegraphierte sofort dazwischen, wenn schwierige Verhandlungen nicht im Automobilt tempo gefördert wurden. Inzwischen haben wir ja manches zugeleitet, der Lebensweg dieser letzten acht Jahre hat uns gelehrt, mit wie viel Rücksichten und Hemmungen der Wiederaufbau verbunden ist. Je größer das Ziel, um so länger der Weg. Was Stresemann in Thöry eingeleitet hat, ist nicht von heute zu morgen durchzuführen. Dazu ist das Problem zu einfach, die Lösung zu großartig. Man muß sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß noch Monate in das Land gehen werden, ehe diese Früchte reifen können. An Aristide Briand liegt es bestimmt nicht, aber er ist kein Diktator mit unbegrenzten Vollmachten. Er ist kein Kabinettschef wie Poincaré, der heute erkannt hat, daß eine Verständigung mit Deutschland ein Gebot der Notwendigkeit ist, so hat er doch in sich immer neue Hemmnisse zu überwinden. Jede Verständigung, die an ihn herantritt, der Verständigung auszusprechen, wird bei seiner ganzen Natur zu einer Gefahr.

Sein Schicksal ist bereits erkennbar. Er wünscht die Erledigung des mit Amerika entworfenen Schuldenabkommens, um im Wahlrecht Kredit zu erhalten, die dann die deutsche Hilfe überflüssig machen. Deshalb auch die frühere Einkerzung der Kammer. Trotzdem haben wir keinen Anlaß, dieses Vorgehen mit alzu großer Sorge zu betrachten, nur müssen wir uns darüber klar sein, daß es eine neue Verflechtung zur Folge haben wird. Ausichten für die Durchführung seines Gedankens bestehen nur in geringem Ausmaß. Das Parlament ist bisher gegen die Ratifizierung des Abkommens gewesen und würde eine Aenderung seiner Haltung nur dann vornehmen, wenn von den Vereinigten Staaten erhebliche Zugeständnisse gemacht würden. Daran ist bei der ganzen in Washington herrschenden Stimmung aber kaum zu denken. Ähnliche Aeußerungen lassen keinen Zweifel über die eigentliche Stimmung des Präsidenten Coolidge. Poincaré sucht insofern nach einem Ausfallsmittel und will den Vertrag mit einer Reihe von Vorbehalten beschließen. Verfassungsrechtlich ist das nicht möglich, weswegen nach den bisherigen Gepflogenheiten. Das Parlament kann Verträge nur gutheissen oder verwerfen. Aber selbst, wenn es sich seiner Auffassung anschließen würde, hätte das international garnichts zu befehlen. Es hände die französische Regierung, ohne die amerikanischen zu verpflichten. Schon diese Erkenntnis dürfte die Widerstände in Paris gegen eine solche Regelung verfeinern.

Wesentlich erster muß aber die Abneigung des Weissen Hauses gegen eine Auslegung unserer Eisenbahnböns auf amerikanischen Gebieten betrachtet werden. Coolidge hat zwar ein Denents gegen einzelne Presseäußerungen gerichtet, das jedoch nur formalen Wert hat. Die amerikanische Regierung ist offiziell von dem Bestehen, die Obligationen flüssig zu machen, weder dem Deutschland noch durch die Entente verständigt worden und brachte insofern überhaupt keine Kenntnis davon zu nehmen. Tritt jedoch dieser Zwang ein, so dürfte eine freundliche Ablehnung erfolgen. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß Amerika ohne offizielle Erlaubnis, die Anleihen aufzulösen, gleich- und vom Bürgen der deutsch-französischen Verständigung würde, was in ihrem Sinne eine Einmischung in europäische Angelegenheiten bedeuten müßte. Dagegen scheint es, als ob man gegen einen Kauf von Obligationen durch private nicht sonderlich viel einzuwenden hätte. Damit ist eine gewisse Klarheit geschaffen. Erhält Frankreich sich von sich aus das zur Frankentabilisierung notwendige Bargeld, so könnte eine Auslegung der Böns in Europa erfolgen. Es kämen dann die Börsen von London, Amsterdam, Zürich und auch Berlin in Frage. Amerikanisches Publikum würde sich vielleicht beteiligen, sogar als wahrscheinlich wäre das anzusehen. Einein-

halb bis zwei Milliarden Goldmark sind zwar für heutige Verhältnisse eine gewaltige Summe, doch sind sie nach den bisherigen Erfahrungen schon aufzubringen. Allerdings taum zu dem im Dawesgutachten vorgeschriebenen Zinsfuß von 5 Prozent. Da man daran kaum etwas ändern kann, würde der Ausgabebetrag sehr niedrig sein. Für Deutschland entstünden Verluste von gut 150-200 Millionen Goldmark, die aber angesichts der politischen Wichtigkeit der ganzen Aktion getragen werden müßten. Voraussetzung bleibt allerdings, daß zunächst Poincaré mit seiner italienischen Mandatoren scheidet.

Der Verständigungswille besteht auf allen Seiten. Einige Anträge hat allerdings die Begegnung von Livorno hervorgerufen, namentlich in Paris. Man ist gewöhnt, in Herrn Mussolinis das Schreckensbild Europas zu sehen und wir zweifeln garnicht daran, daß ihm keine Politik sagt, bei der er nicht die ausschlaggebende Rolle spielt. Das liegt in seinem Temperament begründet. Deshalb sah man auch seiner Zusammenkunft mit Chamberlain etwas bejodet entgegen. Ueber die Einzelheiten sind wir auch heute noch nicht unterrichtet. Das antilige Communiqué, das nach Abschluß ausgegeben wurde, ist von einer geradezu verblüffenden Unklarheit. Es befragt nichts. Staatsmänner sind immer befreundet, ohne daß und das verstanden zu werden braucht, und daß England und Italien bemüht sind, eine gemeinsame Linie zu finden, ist auch keine Ueberraschung. Wir sind daher auf Aunahmen angewiesen. Petit Parisien aus dem Tribune haben Informationen gebracht, die mindestens als wahrheitsähnlich und glaubhaft an werden können. Danach hat Chamberlain versucht, sich zu einem Anschlag auf die deutsch-französisch ständige zu bewegen. Ihm selbst liegt lediglich der Seeweg nach Indien, die eigentliche Schachman, zu sichern. Das soll der kontinentalen sein. Diese Rechnung hat viel für sich, namentlich einer Zeit, wo das britische Imperium mit stark gefährlichen mit sich selbst zu kämpfen hat. Die deminons verweigert jede Gefolgschaft in Europa verlangen deshalb eine stärkere Anteilnahme an Erledigung der diplomatischen Geschäfte. England kann sich daher kaum einem Bunde anschließen, unter Umständen zu Maßnahmen auf dem alten verpflichtet. Es wäre möglich, daß es Italien als Vertrauensmann hinein entsenden will.

In die gleiche Richtung weist die Behauptung Chamberlain den italienischen Ansprüchen auf sich sehr kühl entgegengetreten ist. Der Eingang zum Meer ist eine Lebensfrage. Dafür soll es freie Hand dem Balkan und dem nahen Orient, offenbar zu zugestanden haben. Es würde uns daher nicht nehmen, wenn wir dort bald einer größeren A-

Die Verständigungstendenzen mit Frankreich muß all- leise Einschränkungen erfahren, sobald sich etwa ein Ge- genatz zwischen ihm und England herausbilden. Ihn zu verdrängen, wird eine der wichtigsten Aufgaben der deut- schen Diplomatie sein. Vorläufig haben allerdings die Beziehungen zwischen Berlin und Paris manche Bes- serungspunkte anzupflanzen. Wir brauchen nicht auf die Zwischenfälle im besetzten Gebiet im Einzelnen einzugehen. Bald wird von dieser, bald von jener Seite ge- kundigt, und die Vorgänge sehen, unter die Lupe genom- men, nicht immer so aus, wie die deutsch-französische Presse sie darstellt. Eine gemeinsame Erklärung des Reichs- kommissars für die besetzten Gebiete und der Rheinland- kommissars, zeigen den Willen, solche Zwischenfälle nicht emporschnellen zu lassen. Damit muß uns vorerst auch Genüge getan sein. Selbstverständlich bezeugen all diese Vorgänge, ganz gleich wie sich die Schuld verteilt, die unbedingte Notwendigkeit, daß die Räumung rasch und reiflos vollzogen wird. Wenn Pariser Blätter jetzt gene davon sprechen, daß man die Besetzung doch nicht preis- geben könne und lieber den Platz freier lassen, so über- sehen sie, daß uns der Artikel 10 der Völkervereinbarung, einen Rechtsmittel auf die Unversehrtheit anderer Ge- bietes und die Unbeschränktheit unserer Hoheitsrechte gewährt.

Untere Forderungen bleiben bestehen und werden Regierung mit aller Ent- schlossenheit haben oder keinen Anlaß, sie weiter treiben zu lassen, ent spricht. In einer Er- klärung nach rechts ist nicht zu uns Großen Westar können Dr. Stresemann hat ihn Deutschen Volkspartei zur partei ist entschlossen, die en und es war kein Ju- schenminister weil der frü- Böhler ein klares Be- kismus ablegen, auch zur ist der Weg vorgezeichnet, wenn die Volkspartei erung einträte. Spruchfrei noch nicht, doch kann man bezeichnen. Der Rüd- andheitszuständen erfolgte, umbildung geben. Karl Se- gerings Ausscheiden aus dem der Anerkennung und löst sein Nachfolger, der so- dent, die Aufgaben bis

rohe für die deutsche Re- ge in Mümmern dar. Die es älteren Entfels des ege- maligen Kaisers, noch dazu in das 9. Regiment, das die Tradition der Garde war, war außen- und innenpolitisch eine Herausforderung. Die Einmischung von Zeifreiwilgen ist gesetzlich verboten. Anders läge es, wenn der Prinz unter den gleichen Bedingungen wie jeder andere in die Armee einträte und den Eid auf die repu- blikanische Verfassung leistet. Das aber war nicht be- absichtigt. Es war offenbar eine Spielerei, die den Prinzen mit der alten Truppe in Fühlung bringen sollte. Ist schon deshalb eine energische Befragung der Schuldigen zu verlangen, so wird der Fall noch dadurch verschimmert, daß weder der parlamentarisch allein ver- antwortliche Reichswehrminister, noch der Reichspräsi- dent als Chef der Armee vorher befragt worden sind. Es handelt sich hier um eine offene Auflehnung, die unter keinen Umständen gewidert werden kann. Wir müssen verlangen, daß die daran Beteiligten sofort entlassen werden. Das ist auch die Pflicht des Ministers, der jetzt in jagremem Kampf um die Autorität steht, und wie wir annehmen dürfen, mit Unterstützung des gesamten Ka- binets eine gründliche Säuberung vornehmen wird, un- gebümmert um die Folgen, die sich daraus ergeben. In diesem Kampf hat er alle Republikaner hinter sich.

Richard May.

### Jeder Demokrat,

der noch nicht eingeschriebenes Mitglied der D. D. P. ist, erklärt sofort seinen Beitritt bei der Geschäftsstelle der D. D. P. Magdeburg, Breitenweg 139/140. T 8095.

Mussolinis begegnen. Störend genug sind sie, aber sie tragen wenigstens keine unmittelbare Gefahr für uns in sich. Dagegen machen die Bündnisbestrebungen im Ostosten Europas einen bedenklichen Eindruck. Italien erstrebt dort sichtlich eine Koalition aller Balkan- staaten gegen Jugoslawien, das in engen Beziehungen zu Frankreich steht. Auch das paßt in den Rahmen der Nebenbuhlerschaft der beiden lateinischen Nationen ist auch für uns nicht erfreulich, weil es uns dauernd vor die Wahl stellen wird, ob wir französische oder italienische Wünsche zu unterstützen haben. Hier bergen sich auch ge- wisse Gefahren in der Verständigungspolitik mit Paris. Deshalb schon jede Spitze gegen England vermieiden werden. Wir sind nicht hart genug, um uns selbständig zu behaupten, aber auch nicht gewungen, Balkan zu werden.

